



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Umwelt,
Stadtgestaltung und Wohnen
über StA 01

im Hause

27.02.02

Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung am 13.03.02; TOP Mobilfunk

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten Sie, zum oben genannten Tagesordnungspunkt eine Stellungnahme der Verwaltung zu folgendem Sachverhalt zu veranlassen:

Zur flächendeckenden Versorgung des Standortes Dortmund mit UMTS-Mobilfunkbasisstationen ist die Errichtung von weiteren 800 funktechnischen Anlagen erforderlich. Wachsende Teile der Bevölkerung befürchten gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die von den Sendemasten ausgehenden Strahlungen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir zunächst um die Komplettierung der verwaltungsseitigen Information, die den Fraktionen zugegangen sind:

1. Welche Position bezieht die Verwaltung insofern zur Grenzwertdiskussion, als es Empfehlungen gibt, die weit unter dem Vorsorgewert des Ecolog-Institutes liegen und auch technisch umsetzbar sind?
2. Die Verwaltung hat deutlich gemacht, dass das Bauordnungsamt in einigen Fällen gegen illegal eingerichtete Antennenanlagen vorgegangen ist und eine Nutzungsuntersagung ausgesprochen hat. In wievielen Fällen ist eine solche Nutzungsuntersagung erfolgt und wie wird die Einhaltung kontrolliert?
3. An welchen Standorten im Stadtgebiet werden Messungen vorgenommen?

Zusätzlich bitten wir um Beratung und Abstimmung folgender Anträge:

1. Der Ausschuss erwartet von der Verwaltung, dass diese im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten alle Anstrengungen unternimmt, eine weitestgehende Reduzierung der



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

- von Mobilfunkanlagen ausgehenden Strahlungsintensität zu erreichen. Ziel muß eine deutliche Unterschreitung der Vorsorgewerte des Ecolog-Institutes (Beispiel: Salzburg) sein.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Einrichtung eines „runden Tisches“ mit den in Dortmund agierenden Mobilfunkbetreibern unverzüglich vorzunehmen, um zu konkreten Vereinbarungen über den Umfang der Strahlungsintensität und die Wahl der Standorte zu kommen.
 3. Das Mobilfunkanlagenkataster wird fertiggestellt und kontinuierlich aktualisiert. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit werden die verfügbaren Informationen verbreitet und im Umweltinformationssystem zugänglich gemacht.
 4. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, dass im Rahmen einer der nächsten Bürgerbriefe über die Problematik der Mobilfunkanlagen ausführlich informiert wird.
 5. Davon unabhängig fordert der Ausschuß die Verwaltung auf, Wohnungsbaugesellschaften und die Interessenverbände der Hauseigentümer sowie der MieterInnen anzuschreiben, auf die möglichen gesundheitlichen Folgewirkungen für MieterInnen, BewohnerInnen und Nachbarn aufmerksam zu machen und darum zu bitten, dass im Falle der beabsichtigten Zustimmung zur Errichtung einer Mobilfunkanlage im Vorfeld der Kontakt mit der Verwaltung hergestellt wird, um das weitere Verfahren festzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gez. Ingrid Reuter

F. d. R.

Petra Kesper